

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Substitutions-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Es ist eine Zeitung: G. Wärfelstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24603, 24607, 24608. Persönliche Auskunftsvermittlung mittags von 12 bis 14 Uhr. — Unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 BRL. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,10 BRL. für 1000er monatlich 0,45 BRL. Bezugspreis 2,10 BRL. durch Postboten zugesandt 2,30 BRL. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 BRL. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelheft und 80 Pf. im Heft (Mittelteil der Wärfelstr. Hauptvertriebsstelle: G. Wärfelstraße 6. Fernruf 24603, 24607, 24608. Telephon-Nr. 20319. Druck.

General Schleicher will nicht Groeners Nachfolger werden Brüning-Kurs bleibt?

Vor der Ernennung Goerdelers zum Wirtschaftsminister Umbildung des Reichskabinetts ohne Rückwirkung auf Preußen

Der Reichskanzler empfing am Dienstagvormittag den Chef des Ministeriums im Reichswehrministerium, General v. Schleicher, zu einer Besprechung über die Neubestellung des Reichswehrministeriums. Brüning hat dem General die Nachfolge Groeners angeboten, ohne jedoch bei v. Schleicher auf Gegenliebe zu setzen. Andererseits beabsichtigt Groener, sein Rücktrittsgesuch offiziell erst einzureichen, wenn die Frage seiner Nachfolge gelöst ist.

Am Dienstagnachmittag empfing der Reichskanzler den Reichsjäger Oberführermeister und früheren Preis-Kommissar Goerdeler, der seit dem Rücktritt Warmbalds als Wirtschaftsminister in Aussicht genommen ist und bereits vor 14 Tagen hinsichtlich der Annahme dieses Amtes eine Zusage erteilt hat. Seine Ernennung steht bevor.

Im Zusammenhang mit der Neubestellung des Reichswehrministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums

wird in der Berliner Presse u. a. auch die Frage einer Ausdehnung der Kabinettskrise insbesondere im Hinblick auf Preußen erörtert. An zuständiger Stelle erklärt man zu diesen Erörterungen, daß sie völlig unbegründet sind, die Regierung Brüning weiter im Amt bleibe und ihren bisherigen Regierungskurs fortzusetzen beabsichtige.

Die Reichsregierung hat die Wehrmacht der Einzelrats aus dem Reichshausplan für 1932 bereits dem Reichsrat zugeweiht. Es sollen jedoch noch einige der wichtigsten Haushalte, wie der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung, der Haushalt der Reichswehr und der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums. Ueber diese Gattis liegt noch keine abschließende Stellungnahme des Kabinetts vor. Die Beratungen der Reichsratsausschüsse über den neuen Etat, die ursprünglich bereits am Freitag, dem 20. Mai, beginnen sollten, werden infolgedessen einige Tage später ihren Anfang nehmen und zwar voraussichtlich am Montag, dem 23. Mai.

Belgische Regierungskrise

Streit um die Sprachenfrage

Brüssel, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Die lang erwartete Regierungskrise ist ausgedroht. Ministerpräsident Renkin hat am Dienstagmorgens dem König den Rücktritt des Gesamtkabinetts überreicht.

Renkin machte am Dienstagmorgens seinen letzten Versuch, die liberalen und liberalen Parteiführer seiner Mehrheit noch zu einem Kompromiß über die Sprachenfrage im Unterricht zu bewegen. Es war vergeblich. Die Namen wollten nicht von einer Änderung ihres Standpunktes hören, während die Liberalen auf ihrem Schein, d. h. auf die Einlösung des ihnen von Renkin abgegebenen Versprechens drängten. So blieb dem Ministerpräsidenten nichts übrig als der Rücktritt.

In Regierungskreisen wird behauptet, die Krise werde dadurch gelöst, daß die Regierung Renkin mit einigen Personaländerungen wieder erhalte. Der Zweck des Rücktritts und die Neubildung der Regierung wäre demnach im wesentlichen der, Renkin zu ermöglichen, sich von den Liberalen, die er dem Liberalen in der Sprachenfrage gemacht hat, zu lösen und als Chef einer neuen Regierung eine den Namen genehme Lösung vorzuschlagen. Es bleibt abzuwarten, ob dieses etwas eigenartige politische Manöver gelingt.

Neuer Memel-Gouverneur

Königsberg, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Der litauische Generalkonig in London Ghiljs ist zum Gouverneur des Memelgebietes ernannt worden. Ghiljs ist inzwischen in Königsberg eingetroffen und wird sein neues Amt in den nächsten Tagen übernehmen. Die amtliche Bekanntgabe seiner Ernennung steht unmittelbar bevor.

Gorguloffs weitere Vernehmung.

Paris, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Die richterliche Vernehmung des Präsidenten Gorguloff wurde am Dienstagmorgens fortgesetzt. Sie bezog sich vor allem auf seinen Aufenthalt in Monaco und die Vorbereitung des Attentats. Gorguloff erklärte, er sei in Monaco mit niemand in Verbindung getreten und sei am 4. Mai nach Paris gefahren, um sich hier ein Pariser Diktum für Beleg zu verschaffen. Er habe nach Belgisch-Kongo ziehen wollen. Nach seiner Ankunft in Paris habe er mehr daran gedacht, sich selbst als jemand anderes zu täuschen. Er habe viel getrunken und verhalten sich auf grund seiner Fragen gegenüber Polizeibeamten verhalten zu lassen. Über dazu sei es nicht gekommen. Später habe er sich entschlossen, den Präsidenten der Republik zu töten.

Todesurteil

Vom Schwurgericht Lemberg wurde eine junge Frau mit 9 gegen 3 Stimmen zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Angeklagte hatte sich wegen der Ermordung der noch minderjährigen Tochter ihres Geliebten, eines polnischen Arbeiters, zu verantworten, leugnete jedoch die Tat. Die durch Revisionsantrag angeforderte Beurteilung erfolgte auf Grund eines Gutachtens des Warschauer Hygieneinstituts. Der Gutachter glaubte feststellen zu können, daß gewisse Blutspuren an den Kleidern der Angeklagten nicht ihrer eigenen Blutgruppe, sondern der ihres Opfers entstammen.

12 Amok-Opfer

Durch die Strahlen der luftbränglichen Stadt Mende raste ein Amokläufer und verletzte 12 Personen durch Pfeilschüsse zum Teil lebensgefährlich. Einem unerfahrenen Soldaten gelang es schließlich, den Wahnsinnigen zu entwaffnen und herbeigerufenen Polizisten zu übergeben.

Armeeputsch in Japan Das Heer verlangt „nationale“ Regierung

London, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Aus Tokio wird gemeldet, daß die Spitzen der japanischen Armee die Bildung einer nationalistischen Regierung verlangen, die insbesondere in der Mandchurie und gegenüber China anders als die bisherige Regierung auftritt. Der Rückzug der japanischen Truppen vor Schanghai und die Abkehr der japanischen Regierung, die Mandchurie zu einem Freiland zu erklären, sind der äußere Anlaß zu den Vorfällen, die Tokio am Sonntag ereignet hat. Derselbe besteht inmerhin jedoch die Aussicht, die Forderungen der Spitzen der Armee abzulehnen.

Rückwirkungen auf die Mandchurie

London, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Die japanische Armee hat sich gemeldet, einen Kriegsminister zu nominieren. Sie hat dadurch die Kabinettsbildung auf dem höchsten Wege unmöglich gemacht. Es ist deshalb mit einem Kabinettswechsel im nächsten Führers Dramuna zu rechnen. Die Entscheidung kann jedoch nicht vor Freitag fallen, jedenfalls verläuft die Entscheidung in einer gefährlichen Richtung.

Die Beurteilung, welche die Lage im Osten zwischen China und Japan, wie sie infolge der inneren Ereignisse in Japan entstanden ist, in London erregt, ist nicht einheitlich. Einige ist man sich allerdings darüber, daß, wenn als Ergebnis der außerordentlichen Krise in Japan der Einfluß des Militärs auf die Politik wächst, wie das anzunehmen ist, die Mandchurie mit noch größerer Gründlichkeit japanischem Einfluß unterstellt werden wird, als das sonst der Fall gewesen wäre.

Wenn eine japanische Militäraktion, ohne Rücksicht auf einen Krieg mit Rußland, etwa Truppenbewegungen in der Mandchurie vornimmt, oder wenn sie Wohnbauten in Angriff nehmen sollte, die die sinesisch-rußische Linie verlorren machen würden, so würde die Friedensliebe der Russen auf eine äußerst harte Probe gestellt und die Gefahr eines Krieges im Osten nähme greifbare Gestalt an. Diese Gefahr wird um so größer, wenn man berücksichtigt, daß selbst vorläufige japanische Politiker zum Teil glauben, daß sich die Politik des japanischen Einflusses in der Mandchurie auf die Dauer nicht ohne direkte Annetionen durchführen lassen werde. Diese aktuelle Gefahr, die zu realisieren die europäischen Staatsmänner wenig Anstalten machen, erkennen der „Daily Herald“ und der „Manchester Guardian“. Die „Times“ dagegen, die eher die Ansichten des englischen Auswärtigen Amtes wiedergeben dürfte, steht es in einem Leichtsinne als „serminifig“ an, daß die japanische Armee noch lange Zeit in der Mandchurie ihre Herrschaft ausüben werde.

Der „Bormarts“ schreibt:

Der Europäer vernimmt mit Interesse, daß der Begriff einer „nationalen“ Regierung auch in Japan bekannt ist und daß mit ihm dort ebenso Schindluder getrieben wird wie hier. Wenn „die japanische Armee“, d. h. ein terroristisch arbeitender Offiziersklub, ultimativ eine „nationale“ Regierung fordert, so schließt dieses Verlangen die Vor-

aussetzung in sich ein, daß die bisherige Regierung, deren Chef ermordet auf der Bahre liegt, eben nicht „national“ gewesen sei. Das kann uns freilich nicht wundern, zumal Deutschland nach der Auffassung unserer Nationalisten überhaupt noch nie — oder zum mindesten seit Bismarcks Zeiten nicht mehr — eine „nationale“ Regierung besessen hat.

Das Vorgehen Japans in der Mandchurie und in Schanghai war nach allgemeiner europäischer Auffassung der Angriff des überpannten Militarismus. Die viel zu schwächlichen Verträge des Völkerbundes, den Japanern Einhalt zu gebieten und sie zur Wahrung der internationalen Verpflichtungen zu zwingen, haben in Schanghai einen nur sehr relativen und in der Mandchurie gar keinen Erfolg gehabt.

Aber „die Armee“ findet, daß die Haltung der „Zivilisten“ immer noch viel zu „schlapp“ und sogar landesverräterisch ist. Denn die japanischen Diplomaten haben einem Waffenstillstandsabkommen in Schanghai — allerdings ohne jegliches verbindende Räumungsversprechen — zugestimmt und der Untersuchungskommission des Völkerbundes das Betreten der Mandchurie gestattet. Grund genug für die japanischen Offiziere, ihre Staatsmänner niederzuknallen und, soweit dies noch nicht erfolgreich durchgeführt, davonzujagen.

Inulmal war im Dezember 1931 zum Ministerpräsidenten bestimmt worden, nachdem seinem Vorgänger Watafusu zwei Tage lang gegenüber dem Völkerbund vorgeworfen wurde. Er war also gemißtrautet der Scharfmacher, der die Gemüter in der Armee beruhigen und dem Ausland die Zähne zeigen sollte.

Blum für Regierungsbeteiligung Die Bedingungen der französischen Sozialisten

Paris, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Im „Populaire“ spricht sich Leon Blum für die Bildung eines Ministerkabinetts mit sozialistischer Beteiligung aus. Blum begründet dies folgendermaßen: „Eine Regierung der Sozialisten, an der Regierung mitzuarbeiten, würde zweifellos eine große Enttäuschung im Volke hervorrufen. Das Land möchte nicht ein zweites Mal der Früchte eines Sieges beraubt werden, und ich kann, ohne jemand zu verletzen, sagen, daß es vor allem auf uns abhängt, um sich diese Früchte zu sichern. Selbst bei den radikalsten Wählern redet man auf die Wirksamkeit unserer Gegenwart und unserer Aktion.“

In einem zweiten Artikel feht Leon Blum die Mindestbedingungen für die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung aus. Nach seiner Ansicht müßte die Mitarbeit der Sozialisten eine

entscheidende Rolle auf dem Wege der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens darstellen. Ueber die Bedingungen schreibt er: „Nur unter Parteilangweh wird in souveräner Weise die Beschlüsse fassen können. Niemand kann jetzt etwas anderes als Eintrike und persönliche Wünsche formulieren. Ich habe die meinsten in Parbonne bekanntgegeben und ich glaube immer noch, daß die drei Maßnahmen: sofortige Herabsetzung der Militärausgaben, Erweiterung der Sozialversicherung und Nationalisierung der Versicherungen- und Eisenbahngesellschaften, ein zugleich genügendes und notwendiges Programm bilden. Ich habe diese Bindungen nicht zufällig gewählt, sondern sie den gemeinsamen Programmen der sozialistischen und der radikalsten Partei entnommen. Denn jede dieser drei Maßnahmen führt sich auf die letzten Beschlüsse wie auf die älteste Tradition der radikalsten Partei.“

Der Diktator „regiert“...

Das Dritte Reich (Von unserem Korrespondenten)

Rom, im Mai. (Eigenbericht.) „Dein Reich komme“ beten die Nazis in Deutschland und leben anständig zu Hilar auf. In Italien ist es schon gekommen, mit einem Staatsbudget von zweieinhalb Milliarden Lire, mit Steuern, die Schlinge stehen um Bettelstuden, mit einer Obdachlosigkeit, von der man in der ärmsten Zeit keine Vorstellung hat. Und die Hauptstadt dieses Reiches ist das „kaiserliche Rom“, in dem ein moderner Nero zwar nicht Brände entfacht, aber aus ästhetischen Gründen die Leute aus ihren Wohnungen vertreibt.

„In Rom ist keine Wohnungsnot“ sagen die Fremden, die die vielen leeren Wohnungen in der Hauptstadt sehen, wo ganze Straßenzüge zu vermierten sind. Und dann freuen sie sich über die freigelegte Kaiserfara, freuen sich, daß in diesen Zeiten platter Not noch eine Regierung da ist, die Geld und Energie hat, den Spuren vergangener Größe in der Erde nachzuforschen. Aber sie kümmern sich nicht darum, daß die für die Ausgrabungen niedergelegten Häuser Tausenden von Proletariern Obdach geben, und daß der Faschismus wohl das Geld findet, um vergangene Größe aus der Vergessenheit zu ziehen, nicht aber gegenwärtiger Not abzuhelfen. In runder Zahl sind durch die Ausgrabungen um das Kapitäl gehendsten Menschen ernährt worden. Es gibt nur ein modernes und halbwegs menschenwürdiges Obdachloshaus in Rom, das im Quartier der Garbatella, vor dem Tor von San Paolo. Dies zeigt man den Fremden. Aber es gibt andere Äpfel, die man nicht zeigt, und die sind so beschaffen, daß sie sich in Dantes Hölle lassen können. Das größte und fürchterlichste ist das des „Forno Militare“, auf dem Esquilino, wo die Familien in Bog-Abteilungen schlafen wie in Pferdeböden. Keine Klosetts, keine Lagerstätten, keine Heizung, die gemeinsame Küche völlig unbenutzbar, so daß die Leute auf Petroleumkocher oder Spirituslampen kochen. In einer solchen „Bog“ haufen neun Personen, Vater, Mutter, sechs Kinder und Großmutter. Die Mutter ist vor kurzem niedergekommen, ein Kind hat Rippenfellentzündung. Der Vorn und Gestank, der aus den nur durch eine dünne, mannshohe Scheidewand abgetrennten Nebenräumen dringt, ist unerträglich. Wasser ist knapp. Im Winter kommt man vor Ralle um und im Sommer vor Ungeziefer.

In voranschreitender Zeit, unter der Verwaltung der Rabakalen mit dem Bürgermeisterei Natcha, die selbst jeder in der Arbeitsförderung angelegte Arbeiter Dienstleistung, die auf lästliche Kosten gewachsen wurde: einen Smecoter und einen Rittel in der Woche. „Im „kaiserlichen Rom“ von heute ist das abgefallen. Die Wände sind so gering, daß die Arbeiter, die in Säden den Abfall aus den Häusern holen, fast alle in einem der Obdachloshäuser schlafen müssen. Da verpöhlen sie alles mit ihren schmutzigen Anzügen, die sie selbst malen lassen sollten und nicht waschen lassen können. Eine besondere Qual für die Obdachlosen ist die Nähe eines solchen Arbeiters, dessen Zeug stinkt und Krankheiten verbreitet.

Dabei gibt es in Rom keine Volkstischen und Suppenverteilungen, wie sie der Faschismus in allen anderen Städten eingerichtet hat. Für Rom ist das nicht kaiserlich genug, wenn sich das Elend so zusammenstaut. Da haben nur die Nonnen und Mönche Ausparierungen eingerichtet, und die Kalernen verteilen einen Teil der den Soldaten oder Carabinieri zugebundenen Nahrung. Rom hat andere Bedürfnisse. Dort hat man jetzt auf Staatskosten in nächster Nähe der Villa Torlonia, wo Mussolini wohnt, eine große Villa gemietet. Sie kostet die Bagatelle von 500 000 Lire im Jahre und soll die jetzt dem Premierminister gelegentlich zugehörnde Militärschiebung dauernd beherbergen. Da wird die für die Sicherheit des Premierministers bestimmte Geheimpolizei halten, die Politische Polizei, Politisten in Uniform, Carabinieri, Mitz und die Musiktiere Mussolinis. Es wird eine Art Kalernenpotpourri sein. Man wird dort die Kanonen unterbringen, deren Böller bei offiziellen Auftritten Mussolinis in Funktion treten, das Musikkorps, kurz, all das Drum und Dran, was der „Sohn des Schmiedes“ nicht entbehren kann, weil er sich vor der Liebe seines Volkes schützt.

Und dieses Schutzes kann Mussolini nie genug haben, nie soviel, wie seine Angst es verlangt. Da ist die Angst vor antiautoritären Flugzeugen. Seit Bossani über Mailand und De Bolis über Rom geflogen ist, hat man einen besonderen Nachrichtenendienst eingerichtet, dessen Mittelpunkt der Palazzo Bimimal, der Sitz des Ministeriums des Innern, ist. Jeder Flugapparat, der über die italienische Grenze

fliegt, soll sofort signalisiert werden, und es sollen allezeit Militärflieger bereit sein aufzufleigen, um es folgenlos abzuholen. Wenn die Leute nur nicht in ihrer Dienstfertigkeit eines Tages eine harmlose Touristen zur Strecke bringen! Gleichzeitig werden in Mailand auf den Dächern und Terrassen einiger öffentlichen Gebäude Maschinenabwehr für die Luftabwehr aufgestellt. So wird auch der Himmel des neuen Reiches unter gemacht.

Unter diesem Himmel pöffert aber — auch abgesehen von Wallenstein und Götterwahn — alles, was den Völkern, die noch nicht zum Dritten Reich gelangt sind, als Vorgefährde Interesse einfließen sollte. Da war die Broving-Wa mit einem ganz besonders schneidigen Vertreter des faschistischen Regimes gefahren: einem gewissen Alessandro Carotti, Offizier der Miltz, früherer Bobetta einer kleinen Stadt. In der „heroischen Zeit“ war der Mann ein berühmter Equadrill, der sich selbst vorge-

malen pflegte „Bauherr Carotti, sieben Wörde“. In der unheroischen Zeit wandelte sich ihm der Vorber in Bandnoten, der Heroismus des Bürgerkrieges in Sobismus. In der ganzen Broving, deren schicksaliger Parteileitung Carotti angehört, nannte man ihn den Kammboden. Er hatte verschiedene Bekannte, von denen er zwei nützte, gleichzeitig in seinem Hause zu leben; von mehreren von ihnen hatte er Kinder. In dem Schloß Garbatella, wo er ein Jahr gepöfft hat, sieht man noch heute die Siegel, die er an der Tür seiner Bekannten anbringen pflegte, wenn er sich entfernte, um zu einer anderen Frau zu gehen. Dieser Carotti hat nun eine Frau, mit der er seit Jahren in ehelicher Gemeinschaft leidet, ermordet, in Stücke geschnitten und viele Meilen mit einer Bekannten fuhr er im Auto herum, um die Reste loszuwerden. Bei der Verbrennung des Rumpfes wurde er ertränkt und verpöfft. Die Sade kam in die Zeitungen, ehe die Presse sich darüber klar wurde, daß der Mörder eine der Säuten des Regimes war, eine der Perlen von Mussolinis Krone, ein echter Faschist.

Nicht umsonst betete man in Deutschland: „Dein Reich komme“, denn, was da kommen soll, bietet große Möglichkeiten, ganz andere als so eine fortpöfft Demokratie.

„Nazis wollen doch keine Tarife“

Das Doppelspiel Hitlers wieder einmal entlarvt

Braunschweig, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Der Braunschweiger Geschäftsführer des Deutschen Handlungsgesellschaftsverbandes, ein Herr Stein, einfriger Anhänger und Propagandist der Nazi-Partei war bei dem Internationsverband wegen Neuaufschlusses eines Tarifies vorzeitig geworden. Der Geschäftsführer dieses Verbandes, Dr. Vogel, erklärte ihm: „Was wollen Sie denn eigentlich, Herr Stein, Ihre Partei leidet doch bei Tarifen ab. Als Mitglied der Freie

Handlungsgesellschaftsabteilung, Herr Dr. Wagner aus München, in Braunschweig war, hat er in einer Sitzung mit diesem Geschäftsführer Klipp und klar erklärt, daß die NSDAP. jeden Tarif ablehne.“

Diese Antwort, die in den Kreisen des Deutschen Handlungsgesellschaftsverbandes bekannt wurde, hat große Empörung angeregt. Vergeblich suchten die Nazis das Doppelspiel ihrer Parteiführer zu tarnen.

Die spanische Republik wehrt sich

Gegen die Verschwörer!

Madrid, Mitte Mai. (Eigenbericht.)

In Spanien ist man einem großen, gegen die Republik gerichteten Verschwörersorganisation auf die Spur gekommen. Im größten Gegensatz zur Schwere dieses wichtigen Geschehens steht der harmlose Beginn der Affäre: Bei einer Nacht in Madrid wurde ein an sich nicht weiter verdächtiger Mann festgenommen, in dessen Besitz man einen Revolver fand.

Der Verhaftete, er hieß Bahog, wurde dem Schnellrichter vorgeführt. Genor Amado, forschte nicht weiter nach, woher der Revolver stammen könnte, er besetzte Bahog mit der üblichen Geldstrafe, die auf unerlaubtes Waffentragen, und ließ ihn dann laufen. Am gleichen Tage oder stellte sich durch ein Sicherheitsdienst angestellte Nachforschungen heraus, daß Bahog ehemals Mitglied der „Sindicatos libres“ in Barcelona gewesen war, der Vereinigung, die während der Monarchie alle Mittelstufen von rechts und links auf offener Straße oder auch in den Wohnungen ohne viel Federlesens abtödt. Der Richter Amado, befragt, warum er den Gefangenen sofort freigelassen habe, ohne weitere Nachforschungen nach dessen Vergangenheit zu halten, gab an, er habe von den Zusammenhängen nichts gehört. Sämtliche republikanische Spanien werden emvort wegen ihrer Gebanlosigkeit und Fahrlässigkeit und der Innenminister lehte turgentlosigkeit den Richter, unter Grundbelegung des Republikgesetzes, ab. Für zwei Monate Gehalt wurden ihm noch zugewillt.

Jetzt aber begann der Kampf der öffentlichen Meinung um den Richter. Die Antifaschisten setzten sich nach sich seiner an, die Rechtsparaten setzten über den „Mittleren“ des Ministers. Eine volle Nachmittagsung des Rates war dem Fall gewidmet und endete mit Zustimmung eines Resolutionsbeschlusses.

Angewandt aber hat der Minister, um allen Angriffen bezuggen zu können, neue Nachforschungen nach Bahog gemacht. Der Zufall kam ihm zu Hilfe: Auf einer Wohnabgetelle wurde ein Koffer mit fünf Revolvern beschlagnahmt und der Eigentümer festgenommen. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß auch er gleich Bahog früher den Sindicatos uncos angehört hatte und ein Freund von

Bahog war. Auf Grund weiterer Auslagen des Festgenommenen kam es zu einer Reihe neuer Verhaftungen, auch Bahog wanderte wieder ins Gefängnis.

Und was stellt sich heraus?

Daß eine große Verschwörung geplant war! Bahog hat mit einigen ehemaligen Genossen und neuen Freunden, die alle Sindicatos libres, den anarchoischen Gewerkschaften, angehören, in Madrid eine Bande gegründet, die verschiedene Attentate auf die einflussreichsten Persönlichkeiten der Republik ausführen sollte. Als erster sollte der Reichspräsident, Alicia Zamora, beseitigt werden. Man hatte als günstigste Datum für das Attentat die Ankunft des Präsidenten in Valencia — während seiner Rundreise durch Spanien — vorgezogen. Einer der Verschwörer war nach Valencia „abkommandiert“ worden, wo bereits eine regulierte Schütztruppe für den Attentäter organisiert war; ihre Mitglieder sollten bei einem Gehalt von 70 Pf. wöchentlich das Attentat vorbereiten. Es kam jedoch nicht zur Ausführung des Verbrechens, weil die Verschwörer den günstigen Moment verpassten. Man verlor den Mord auf später und beschloß erst einmal den Reichspräsidenten, Genor Amado, aus dem Lande zu nehmen. Weitere Attentate auf die Minister, vor allem auch auf den Minister für öffentliche Arbeiten, den Sozialisten Prieto, waren für später geplant.

Man vorerst nicht einundzwanzig festgesetzter Seite waren 50 000 Peseten für das Attentat auf Amado zur Verfügung gestellt worden. 15 000 Peseten davon waren für Bahog, den Führer der Bande, bestimmt, 8000 Peseten für den nach Valencia abgedachten Kameraden, das übrige Geld sollte zu gleichen Teilen durch Bahog an die Bandenmitglieder verteilt werden. Anzwischen hat sich aber erwiesen, daß die Attentäter in reger Beziehung zu dem „Centro Nacionalista“, der Monarchistenpartei Spaniens, stehen. Wahrscheinlich stammen die Gelder von dieser Seite.

Reine Ungeheuer — große Ungeheuer! — Wäre der Innenminister nicht gegen den Richter Amado in Erfahrung vorgegangen, und hätte man sich nicht der üblichen „Klage“ genug sein lassen — mer weiß, ob die Attentate nicht doch zur Ausführung gelangt wären? Die Folgen waren nicht abzusehen gewesen!

Das Resolutionsverfahren des Richters Amado wird nun wohl kaum durchgehen können. Die Reaktionen in Spanien tun für eine Weile gut daran, ihr offenes Geldredt gegen die Republik ein wenig zu dämmen. Jwo.

SA-Zug nach Danzig

Danzig, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Die in der freien Stadt Danzig noch nicht verbotenen militärischen Formationen der Hitler-Partei haben in den letzten Tagen einen starken Zutritt aus Deutschland erhalten. Man hat vor allem den durch mehrere größere Zugungen verschiedener Vereine verstärkten Fremdenverbande beachtet, um den Zugun möglichst unauffällig vorzuziehen zu können. Obwohl sich die SA-Uniformen selbst in den Tragen ihrer Uniformen augenscheinlich wieder Zurückhaltung auferlegen, ist bei den Feldbesichtigungen, die auf dem Range selbst während der Feiertage durchgeführt worden sind, eine weitestlich stärkere Teilnehmerschaft festgestellt worden.

Erdbebenkatastrophe auf Celebes

Amsterdam, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Amlich wird über eine Erdbebenkatastrophe auf der niederländisch-österreichischen Insel Celebes am Pfingstsonntag mitgeteilt, daß die Zahl der Toten 14 beträgt, während Hunderte von Personen durch die einwirkenden Häuser leicht schwer, leicht verletzt wurden. Das Erdbeben war am heftigsten in dem Bezirk Manado, wo mehr als 150 Häuser einstürzten. In der Stadt Manado wurde die Wallertigung zerstört. In den Oeta Satos, der sehr schwer betroffen wurde, sind allein 7 Personen getötet, 8 schwer und 20 leicht verletzt worden. Hier wurden 500 Wohnungen vernichtet. Seit 1903 ist in diesem Gebiet kein Erdbeben von gleicher Heftigkeit erfolgt. Der eigentliche Herd des Erdbebens liegt wahrscheinlich in der Celebessee.

Die Toten in Bombay

Opfer der Straßenkämpfe zwischen Hindus und Moslems

London, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Die Zahl der Toten bei den Straßenkämpfen zwischen Hindus und Mohammedanen in Bombay am Dienstag, am vierten Tag der Unruhen, auf 80 an; verletzt wurden wenigstens 1000 Personen.

Von den früheren Unruhen unterscheiden sich die neuesten vor allem durch das Ausmaß, das die Bombardierungen und Plünderungen von beiden angenommen haben. Am Dienstagabend zerfiel die ichden Zentrale mit ickaren Schüssen ein, um in dem am meisten belagerten Teil der Stadt die Ruhe wiederherzustellen. Gegen Ende des Tages trat eine gewisse Beruhigung ein, nachdem die Polizeipatrouillen die Verdröbung, die Zusammenrottungen von mehr als fünf Personen verbietet, überall streng durchführten.

Zurückgenommener Ausschluß

Reichstagspräsident Loh hat den auf 30 Tage bemessenen Ausschluß des Abg. Krause-Diprenhausen (Natio.) von den Sitzungen des Reichstags zurückgenommen, weil die polizeilichen Ermittlungen nicht nachgewiesen haben, daß der Abg. Krause an dem Heberatt auf den Schriftsteller Klotz im Reichstag aktiv teilgenommen hat.

Nordamerikas Handelsbilanz

Die nordamerikanische Handelsbilanz ergab für den Monat April einen Ausfuhrüberschuss von 9 Millionen Dollar. Im vorigen Monat betrug der Ueberfluß noch 25 Millionen Dollar und im April 1931 wurde ein Ueberfluß von 30 Millionen Dollar erreicht.

Die Politik in Anhalt

Nazi-Landtagspräsident / Am 21. Mai Ministerwahl

Deliau, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Der Anhaltische Landtag, der nach seiner Neuwahl eine Rechtsmehrheit aufweist, trat am Dienstagmittag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die 15 nationalsozialistischen Abgeordneten, die mit einer einzigen Ausnahme sämtlich parlamentarische Neulinge sind, gingen kurz vor Beginn der Sitzung demonstrativ durch die Straßen der Stadt. In der Sitzung selbst benahmen sie sich munterlich.

Die Nationalsozialisten schlugen als stärkste Fraktion den Abgeordneten Rechtsamtmann Nicolai zum Landtagspräsidenten vor. Nicolai wurde gewählt, da die Bürgerlichen für ihn stimmten und die Sozialdemokraten weiche Partei abgaben. Abgeordneter wurde der bisherige sozialdemokratische Landtagspräsident Baulditz mit dem Stimmen der Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten ernannten sich samt den bürgerlichen Abgeordneten der Stimme. Zweiter Vizepräsident wurde der Deutschnationaler Dr. Kraag. Bei der dann vorgenommenen Wahl des Ministerkabinetts wurde nach dem Grundgesetz der Variität vorzuziehen.

Die nächste Sitzung des Landtags, die sich mit der Wahl des Ministeriums beschäftigen soll, ist auf Sonnabend, den 21. Mai, anberaumt worden. Die Nationalsozialisten nennen für diese Wahl als ihren Kandidaten den Rechtsamtmann Freyberg aus Queblitz, der gewählt werden dürfte, da die Bürgerlichen ihre Zustimmung bereits ausprochen haben. Innenminister ist noch in Frage, ob es anhaltische Staatsministerium wie bisher von zwei Ministern gebildet oder ob der Aufriberung der Nationalsozialisten entsprechend nur ein Minister gewählt wird.

Das Kalbshirn

Von Gaston Guillot

Diensteilig, die Seriette unten Arm, ein Bägeln auf den Rücken, ging der Ober um die Tische, an denen ein lustiges Künstlerkollektiv spielte. „Schmidt, meine Herren!“
Der Braten war fertig, die ablenkenden Weine perlen, die Gäste nicht beglückt. Und Pipobec, ein Schaf ersten Ranges, im Leben ebenfalls ergrübelt wie in seinen Rollen, schwärmte in allen Tönen: „Der Kalbshirn, Herr Ober...“
„Der Kalbshirn, Herr Ober...“
„Der Kalbshirn, Herr Ober...“

„Der Scherz zündete? Pipobec spannte ihn launig weiter: „Berzichtig, Herr Ober! Ich habe mich gefreut, Ihnen sagen zu können, daß das Kalbshirn ein Genuß für Feinschmecker ist! Wollen Sie meine Worte vielleicht Zügen trafen?“

Die Nachbarn des Speisemachers lehnten sich in ihren Stühlen zurück. Sie taten, als hätten sie erstens Grund, tief denkrüppelt zu sein, tippten an ihre Stirnen und gaben dem Ober Zeichen, ihr Freund sei nicht ganz zurechnungsfähig und dürfe jetzt nicht gereizt werden.

So aufgeklärt, bemerke der Ober Verstandnis. „Ach, so — das Kalbshirn! Bardein! Ich war nicht im Bilde. D. ich — freud mich, mein Herr, daß es ihren Beifall findet.“

Pipobec antwortete mit würdiger Miene: „Es ist immer angenehm, von intelligenten Gästen belohnt zu werden.“
Der heimlich Angefaulene warf sich in die Brust.
„Ich muß mir erlauben“, fuhr der Schaulustler fort, indem er sein Gebell heftete (sob, „Ahnen einen kleinen Auftrag zu erteilen.“

„Dies Hirn ist wirklich hervorragend. Bestellen Sie dem Köchlein ein Kompliment! Der Mann verdient es. Doch fänden Sie gleichzeitig den Gehirnbromwider etwas heruntergemacht! Denn, Herr Ober — dabei lenkte er schmerzvoll die Stimme — „meine Gebell, ja, meine Gebell schmeckt nach Fisch.“

„Über, verehrter Herr“, gab der andere, in seiner Berühmung gefränkt, zurück: „Das ist doch gar nicht erstaunlich. Es war immer so. Er wollte mit gutem Gemissen erklären, da Kalbshirn serviert würde, könnte es doch nicht erstaunlich sein, daß die Gebell nach Fisch schmeckt. Doch wieder begann das summe Schwärmspiel hinter Pipobecs Rücken...“

„Ich muß mir erlauben“, fuhr der Schaulustler fort, indem er sein Gebell heftete (sob, „Ahnen einen kleinen Auftrag zu erteilen.“

„Möchten Sie sich über haben?“ warnte Pipobec. „Ich verlange nicht gleich den Tod es Schuldigen. Es genügt mir, wenn meine Gebell nicht mehr nach Fisch schmeckt...“

„Über, verehrter Herr“, gab der andere, in seiner Berühmung gefränkt, zurück: „Das ist doch gar nicht erstaunlich. Es war immer so. Er wollte mit gutem Gemissen erklären, da Kalbshirn serviert würde, könnte es doch nicht erstaunlich sein, daß die Gebell nach Fisch schmeckt. Doch wieder begann das summe Schwärmspiel hinter Pipobecs Rücken...“

„Ich muß mir erlauben“, fuhr der Schaulustler fort, indem er sein Gebell heftete (sob, „Ahnen einen kleinen Auftrag zu erteilen.“

„Möchten Sie sich über haben?“ warnte Pipobec. „Ich verlange nicht gleich den Tod es Schuldigen. Es genügt mir, wenn meine Gebell nicht mehr nach Fisch schmeckt...“

„Über, verehrter Herr“, gab der andere, in seiner Berühmung gefränkt, zurück: „Das ist doch gar nicht erstaunlich. Es war immer so. Er wollte mit gutem Gemissen erklären, da Kalbshirn serviert würde, könnte es doch nicht erstaunlich sein, daß die Gebell nach Fisch schmeckt. Doch wieder begann das summe Schwärmspiel hinter Pipobecs Rücken...“

„Ich muß mir erlauben“, fuhr der Schaulustler fort, indem er sein Gebell heftete (sob, „Ahnen einen kleinen Auftrag zu erteilen.“

„Möchten Sie sich über haben?“ warnte Pipobec. „Ich verlange nicht gleich den Tod es Schuldigen. Es genügt mir, wenn meine Gebell nicht mehr nach Fisch schmeckt...“

Forscher in Dienste der Menschheit Der Mariaforscher Ross

Nur kurzem beging die ganze Kulturwelt die 80. Jahrestage des Tages, an dem Robert Koch den Tuberkulosebazillus entdeckt hat. Heute sei eines anderen Seuchenbämpfers gedacht, der am 13. Mai seinen 75. Geburtstag feiert, nämlich des Engländers Sir Ronald Ross, dem 1898 der Nachweis gelungen ist, daß die Verbreitung der Malaria nur durch den Stich einer bestimmten Moskitoart, der Anopheles clavipes, erfolgt und dessen Entdeckung die in der Folge durch den italienischen Forscher Battista Grassi weiter ausgebaut wurde — die Malaria ist in der Gage verjagt hat, jene furchtbare Krankheit erfolgreich zu bekämpfen.

Ronald Ross wurde 1857 als Sohn eines englischen Generals in Indien geboren. Als Sechsjähriger kam er nach England und begann im Jahre 1875 seine medizinischen Studien, nach deren Beendigung er eine Zeitlang als Schiffsarzt fuhr. Er war alles andere, nur nicht das, was man sich unter einem erstklassigen Forscher und Vorkämpfer der medizinischen Wissenschaft vorzustellen pflegt. Er komponierte, dichtete, las Romane, die kein Mensch las — kurz, er kümmerte sich um alles mögliche, um wenigstens jedoch um seinen eigentlichen Beruf. 1881 trat er in das englische Sanitätscorps ein, um sofort nach Indien abkommandiert zu werden. Sieben Jahre verbrachte er in dem malarischen Klima; dann erhielt er den ersten Heilmatsurlaub. Als er wieder in Indien war, erkrankte zum ersten Male in ihm ein mehr als amtsbedingtes Interesse für eine der schlimmsten Geheulen der Tropenmalaria, die Malaria, die jährlich in Indien eine Million Menschenleben fordert, und deren Opfer zu Tausenden in den Hospitälern, von Fieberkranken gesammelt, denierlagerten.

Er unterwarf das Blut malarischer Fieberkranker mikroskopisch auf das Vorhandensein der — 1880 von dem französischen Militärarzt Davesan entdeckten — Malariaerreger, ohne jedoch den geringsten Erfolg zu haben.

1894 während seines zweiten Urlaubs, lernte er in England den Arzt Battista Grassi kennen, mit dem ihn in Zukunft enge Zusammenarbeit und Freundschaft verband. Manion, dessen Entdeckung die Malaria war, machte den Sechsjährigen Tropenarzt, der sich bisher herrlich wenig um diese Dinge gekümmert hatte, mit seiner Theorie bekannt. Manion behauptete nämlich, die Übertragung der Malaria erfolge nicht, wie bisher vermutet, von einem Mensch oder durch die Luft, sondern die Malaria sei durch die Biere übertragen. Er sagte Ross das Wesen der Malariaerreger im Blute erkrankter Malariaerkrankter; Ross sah, wie sich die Mikroben vermehren, zusammenballen und schließlich das rote Blutkörperchen sprengen. Immer wieder hämmerte Manion dem Arzt seine Theorie in den Kopf: „Die Malaria ist die Schuldige.“

„Das ist endlich die bisher verneinte Energie von Ronald Ross sammelte in dem Entschluß, sich mit dem Nachweis zu erbringen, daß Manions Annahme stimmt.“

„Som Einstich bis zur Aufklärung war jedoch noch ein weiter Weg, dessen einzelne Stationen immer erneute Mühe, Fehlschläge, aufzukommene Hoffnung und tiefe Niederlagen mit sich brachten. Anfang 1895 schiffte Ross sich wieder nach Indien ein. In Begleitung mit einer kurzen Unterbrechung, sah er in Secunderabad, einem idyllischen Städtchen in Andhra, die in der Malaria erkrankten Blutproben malarischer Fieberkranker, kontrollierte mit dem immer wieder „Mut — Mut!“ rufenden Manion; doch der Erfolg seiner Bemühungen war gleich Null. Immer noch ging er von der Annahme aus, die Manion vertrat: „Die Malariaerreger laugen das Blut Malariaerkrankter und damit die Malariaerkrankten in sich ein — diese Krankheitserreger werden auf die Eier übertragen, die

das Weibchen nachher in Eierstöcken ablegt — das Wasser der so verfertigten Eizellen wird von den Menschen getrunken —, der Übertragungstreis ist geschlossen.“

Endlich, im August 1898, begann Ronald Ross das Experiment, das ihn auf den rechten Weg führen sollte. Eine Anzahl brauner Moskitos (die Gewöhnheit hatte er bei seinen Versuchen gewonnen, daß nur diese eine bestimmte Gattung von Moskitos für die Übertragung der Krankheit in Frage käme) wurden auf einen Unter gelassen, der mit einem ihmeren Malariafall handhabte. Nachdem sie sich vollgeogen und mit dem Blute des Kranken auch gewiß eine tüchtige Menge der heimtücklichen Bazillen in sich aufgenommen hatten, wurden sie eingeklinken und sorgsam in Gläsern aufbewahrt. Tag für Tag täte Ross eines seiner „Versuchstiere“, geriet es sorgfältig und betrachtete es lange durch das Mikroskop. Und da, am dritten oder vierten Tage, entdeckte er etwas ganz Wertwürdiges. In den Magenwänden des heute geopferten Moskitos sah er kleine schwarze Punkte, die in verblühender Weise denen glichen, die ihm Manion im Blute Malariaerkrankter gezeigt hatte. Ronald Ross jubelte: „Hab ich dich endlich, endlich gefunden!“

Er wurde verjagt — nach Kalkutta. Hier, wo die Malaria noch ärger wütete als in Secunderabad, legte er seine Versuche, anstatt an Menschen, an Bägeln fort. Jetzt ging es schnell vorwärts. Alle seine Experimente glückten. In den Magenwänden der Moskitos, die auf Bägeln gelassen wurden, in deren Blut Malariaerreger nachweisbar waren, sah er die kleinen schwarzen Punkte, während bei den mit gelunden Bazillen aufgenommenen Bägeln müden die Erscheinung ausblieb. Mit Argusaugen machte Ross über seine tothbaren Moskitos, beobachtete, wie die schwarzen Punkte sich zu Wargen veränderten; nach je er, wie diese Wargen plätschen und aus ihnen eine Anzahl inwischen ausgeweitete, halbmondförmige, mit feinen Geleisen verzierte Malariaerkrankten einem ganz bestimmten Ziele aufzuziehen: der Speicheldrüse der Bägeln!

Jetzt sah Ronald Ross klar: jetzt endlich mußte er; durch den Stich des Moskitos, wobei Speichel der Wirt in die winzige Wunde gelangt, werden auch die Bazillen auf den Menschen übertragen. Manions Theorie war nur zum Teil richtig; nur, soviel sie die Verbreitung durch Stechmücken anbetraf. Aber noch war nicht alle Arbeit geleistet. Es galt nun, zu beweisen, daß das, was für die Vererbung der Krankheit unter den Bägeln Gültigkeit hatte, auch auf die Menschen zutrifft. Ross jedoch konnte einloch nicht mehr. Seit Herbst Jahren war er in Indien; jetzt ließ er sich nicht mehr halten. Er fuhr zurück nach England und trat dort als Professor in die Schule für Tropenmedizin in Liverpool ein. 1902 erhielt er den Nobelpreis.

Man darf jedoch, wenn von der Erforschung der Malaria die Rede ist, auch nicht den Namen des italienischen Gelehrten, Battista Grassi, vergessen. Er erbrachte in jeder, höchstwertigen Arbeit den Nachweis, daß die Bazillen der Malariaerkrankten genau die gleiche Wandlung durchmachen, wie die der Ross'schen Experimente bemerkt, daß Menschen auch in den schlimmsten Malariaerkrankungen gelund bleiben, wenn sie sich nur Moskitosinfektionen schämen; Grassi war es, der immer und immer wieder die Forderung in die Welt hinausrief: „Legt die Sümple trocken; nehmt den Stechmücken die Möglichkeit zur Fortpflanzung; rotet die Moskitos aus und die Malaria verschwindet von der Erde!“ Seinen Forschern, Ross wie auch Grassi, gebührt Dank, weil sie der Menschheit den Weg gezeigt haben zur Beseitigung von einer der schlimmsten Geheulen: der Malaria. Walter Schirmer.

Der faschistische Ordnungsstaat

Ein seltsames Abenteuer, das beinahe an einen Detektivroman erinnert, hatte kürzlich ein junges Mädchen zu bestehen, deren Hochzeit infolge eines Arrums nicht stattfinden konnte. Der Hochzeitstag war festgelegt, und die Verwandten und Freunde waren zur Feier schon eingetroffen. Am Tage vor der Hochzeit begab sich das junge Mädchen in die Stadt, um einige Einkäufe zu machen, und kam nicht wieder nach Hause zurück. Man dachte zuerst, sie habe vielleicht in letzter Minute sinngest und der Hochzeit fernblieben, aber niemanden anderen Liebhaber. Aber der tröstliche Brautgänger und auch die Angehörigen konnten sich der Annahme nicht verschließen, daß doch wohl ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegen müsse. Die Polizei im ganzen Reich wurde alarmiert. Sechs Tage hindurch hat keine Nachricht. Dann kam plötzlich ein junger Mann, aufgetrennt und erschöpft zu Hause an. Die Polizei ihres Heimortes hatte sie auf der Straße, als sie ein Gebirg verließ, beobachtet, sie für eine langgeladete Personlichkeit gehalten, die abtransportiert werden sollte, auf seine Einwendungen geht, ihren Beteuerungen nicht glaubt, bis sie

schließlich, nachdem das Mädchen sechs Tage im Gefängnis verbracht hatte und mit Verböden gequält worden war, den Arrum entbehte. — Die Hochzeit hat dann schließlich stattgefunden.

Der gefährdete Säugling

Jugendliche über 18 Jahren durften nach § 17 des Reichsvereinsgesetzes bis zum Jahre 1918 nicht Mitglied in politischen Vereinen sein, die sich auf politische Verhältnisse beziehen. In Bismarck bei Kassel fand 1913 eine sozialdemokratische Frau eine neue in M. u. N. statt, zu der eine Arbeiterin ihren sieben Monate alten Säugling mitgebracht hatte, weil sie ihn nicht aufbewahren in der Wohnung lassen wollte. Bei Eröffnung der Vernehmung trat der überwachende Polizeibeamte an den Vorfallenden heran und erbot sich, die Frau in eine politische Vereinigung aufzunehmen. In dem Säugling: „Es ist ein Jugendlicher unter 18 Jahren an dem. Wenn er nicht sofort den Saal verläßt, muß ich die Vernehmung wegen Verstoß gegen § 17 des Reichsvereinsgesetzes aufheben.“ Der Säugling wurde darauf feierlich aus dem Saale geschafft. Das Vaterland war gerettet.

Aschenregen und Weltwetter

Die Vulkanausbrüche in den östlichen Anden verurteilten vor ein paar Wochen nicht nur die Umgebung durch glühende Lava- und Schlammströme, sondern bedrohten ein weit ausgedehnteres Gebiet durch tobende Dampfe und durch Tonnen mikroskopischen Staubes, der über viele hundert Quadratkilometer vom Himmel fiel. Montevideo und Buenos Aires, mehr als 1200 Kilometer vom Ausgange der Eruption entfernt, wurden in eine wahre Aschenbede gehüllt. Neben kleinen Städten, vor allem Mendoza im westlichen Argentinien, drohte der Erstlingsstod durch vulkanische Dampfe.

Die Aschenregen und Weltwetter

Wie kaum andere Vulkanausbrüche waren die letzten südamerikanischen durch die Verbreitung des vulkanischen Staubes gekennzeichnet. Er verurteilte den Himmel, drang durch die Bügen in die Häuser ein und lagerte in vielen Fällen die Länge der Industrie. Berichte aus den Städten, über die sich diese schrecklichen Staubes breitete, betonen, daß am folgenden Tage ein außergewöhnlich Temperaturerhöhung eingetreten sei.

Der Aschenregen und Weltwetter

Die Röhm-Briefe sind echt

In der Zange

Die hamoerische Nazijetlung darf für sich in Anspruch nehmen, den Fall Röhm seiner angeblichen Klärung zugeführt zu haben: in einem Bericht über die blutigen Vorfälle im Reichstag am 12. Mai schreibt sie von Dr. Helmut Röhm als dem Verfasser der Röhm-Briefe.

Wie uns Dr. Röhm hierzu mitteilt, hat er beim zuständigen Gericht Privatklagen gegen den verantwortlichen Redakteur wegen Beleidigung und Verleumdung eingereicht. Die Klagen wurden erhoben. Röhm wird also den Beweis für die Echtheit der Röhm-Briefe nunmehr vor Gericht führen können; als Zeugen wird er Röhm selbst, den Empfänger der

Briefe Herrn Dr. Helmsoth und den Amtsgerichtsrat Kemmer vorladen lassen. Letzterem als dem unterforschenden Richter gegenüber hat Röhm am 28. Juni 1931 die drei von Dr. Röhm veröffentlichten Briefe als von ihm verfaßt und geschrieben anerkannt!

Wir bemerken hierzu, daß die NSDAP. es bisher mit großem Geschick verstanden hat, um die Frage der Echtheit oder der Unschtheit der Röhm-Briefe herumzureden, so daß eine Handhabung zur gerichtlichen Feststellung nicht gegeben war; unter dem Eindruck der Reichstagsverhältnisse scheint jedoch der Redakteur in Hannover seine aus München erhaltenen Instruktionen vergessen zu haben.

Feuer ging von der Steinbörze aus, einem Bau von 18 Meter Länge und 40 Meter Breite, in dem die Dolomitschmelze für die großen Metallschmelzen feuerfest gemacht werden. Offenbar haben die mit großer Hitze behandelten Steine die Bretterdecke, auf denen sie zum Auftransport abgelegt werden, entzündet.

Wertwolf-Pech

Bei einem Stahlhüttenmann in der Gegend von Tübingen erforschen eines Tages zwei Männer, die besapienten, mitteldeutsche Werkmänner zu sein und einen Handreich gegen Vitauen vorbereiten zu wollen. Sie verlangen Quartier und Geld. Der Stahlhüttenmann hält sie für flauschige Kaufleute und macht die Polizei auf sie aufmerksam. Es waren aber echte Werkmänner und nun ist großer Krach zwischen Stahlhütten und Wertwolf im Gange. Unmöglich verleiht das Bundesorgan des Stahlhüttenmann Wertwolf die folgende Bemerkung, „daß es sich tatsächlich um Werkmänner und um ein vom Wertwolf erigiertes Unternehmen handelte, konnte ein vernünftiger Mensch nicht vermuten“. Der Wertwolf seinerseits aber schreibt über Verrat und verdrähtliche Verbindung eines nationalen Unternehmens. Das ist Pech — aber was soll bei so gefährlicher Spielerei schließlich anderes herauskommen!

Luther über Arbeitsbeschaffung

Die Gedanken und Pläne des Reichsbankpräsidenten

Der Reichsbankpräsident Dr. Lütjers hat eine Art Denkschrift über Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet, die, einer ihrer Seiten, der Öffentlichkeit bisher leider nur auf Umwegen und flüchtigweise mitgeteilt worden ist. So viel man sich jetzt erfahren hat, bewegen sich die Vorlesungen Luthers dahin, durch gewisse „hilfsweise Maßnahmen“ die Arbeitskraft von Arbeitslosen auszuheben und vorübergehend und teilweise nutzbar zu machen. Das Ganze soll im Rahmen der weitestgehenden Arbeitsbeschaffung möglich sein. Man hat in bereits früher darauf hingewiesen, daß im Kabinett die Idee einer Teil der Arbeitslosen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung gegen bösen Eifer und Entzücken zu beschaffen. Die Ideen Luthers nähern sich diesem Standpunkt ganz beträchtlich. Im übrigen wird in der Denkschrift Luthers auf die Idee des Professors Cederer zurückgegriffen, Hilgelagerte Unternehmen durch Arbeitslose wieder in Betrieb zu setzen und die so erzeugten Konsumartikel an Arbeitslose ohne Entgelt zu verteilen.

Luther nimmt den Gedanken der Gegenleistungshilfe der Erwerbslosen, die er als Selbsthilfe der Erwerbslosen bezeichnet, auf. Das charakteristische Merkmal einer solchen Selbsthilfe liegt in der Verpflichtung von Arbeitslosen für Arbeitslose. Soweit der Bedenkerliche Vorlesung in Frage kommt, will Luther die Einstellung in Selbsthilfebetrieben gegen Weiterbewegung der Arbeitslosenvermittlung, eventuell unter Gewährung gewisser Vergünstigungen zur Verminderung der Beschäftigungsstellen bei den Selbsthilfebetrieben, z. B. durch Fortfall der Lohnkosten, der Fracht und der Steuern usw., wodurch sich nach Luthers Ansicht die Kosten schätzungsweise auf ein Drittel der Produktion vermindern lassen. Die Schätzung erscheint uns etwas niedrig gegriffen. Für die Lösung der Frage der übrigen Kosten will Luther im wesentlichen die Prämienanteile heranziehen.

An den bisher bekannt gewordenen Auszügen der Lutherschen Denkschrift befindet sich leider keine Neuerung über die dringend notwendige Schaffung von Reparaturwerkstätten und Lehr- und Fortbildungsbetrieben, insbesondere für die jugendlichen Erwerbslosen, die im erforderlichen großen Umfang ohne weiteres auf dem Prinzip der Gegenleistungshilfe aufgebaut werden könnten. Dagegen macht Luther den Vorstoß, die von der Reichsregierung aus Mitteln der Prämienanteile zu finanzierenden geplanten „Hilfsbetriebe“ in der Arbeitsbeschaffung gleichfalls auf dieser Grundlage und zwar im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen zu lassen. Luther betont zwar ausdrücklich, daß nur zusätzliche und gemeinnützige Arbeiten in dieser Erwerbslosenhilfe einbezogen werden sollen. Praktisch bezieht er bereits vorgelegte Arbeitsbeschaffungsaktionen und auch in ihrem endgültigen Charakter privatwirtschaftliche Unternehmen in die gedachte Hilfswirtschaft ein. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß einer derartig umfassenden Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes fast auf sämtliche zugehörige Arbeiten aus schärfte widersprochen wird.

Trotz der bestehenden Bedenken wird man sich mit dem Arbeitsdienst für einige besonders geeignete Fälle auseinandersetzen müssen. So, z. B. im Rahmen der Sicherstellung in erster Linie arbeitslose Bauarbeiter. Seine Schaffung erfolgt, erscheint es ratsam, Arbeitslose und Fachkenntnis der in Frage kommenden Bauarbeiter für die Verbilligung ihrer eigenen Häuser auszunutzen. Dagegen erscheint es uns als unmöglich, den gesamten Aufbau der landwirtschaftlichen Siedlungsstellen, Gebäuden, Inventar usw., im Arbeitsdienst herzustellen. Gemäß wird man auch hier die Mitarbeit derjenigen ansetzen können, die man ansetzen will. Hier müssen aber die Grenzen zu gezogen werden, daß sich die Arbeitsbeschaffung auch auf die reguläre Bauwirtschaft, die Baustoffindustrie, die Eisen- und Maschinenindustrie usw. auszuweiten auswirken kann. Geht es nach den Lutherschen Plänen, dann wird die von der Arbeitsbeschaffung erhoffte Mehrarbeit nicht zu regulären Arbeitsbedingungen vertragen, sondern unter bezahlter Arbeitsleistung in Anspruch genommen. Eine Wirtschaftsanforderung ist es nicht zu erwarten.

Man findet auf der Grundlage der Gegenleistungshilfe und unter Anwendung des freiwilligen Arbeitsdienstes viele Hilfsleistungen für die Erwerbslosen geschaffen worden, so Arbeitslosenbüros, Arbeitsstätten für Jugendliche usw. Es haben sich auch bereits Gruppen in der modernen Arbeiterbewegung als Arbeitsfreiwillige für wirtschaftlich zugehörige und gemeinnützige Arbeiten, die aus finanzieller Not der öffentlichen Körperschaften sonst nicht zur Ausführung gelangen könnten, zur Verfügung gestellt. Unter Voraussetzung ausreichender arbeitsrechtlicher Sicherung können wir uns sehr gut vorstellen, daß die Gruppenarbeit von Arbeitsfreiwilligen für wirtschaftlich zugehörige und produktive Arbeit, die auf normalem Wege zur Zeit nicht finanzierbar ist und ohne solche Maßnahmen zum Schaden der Gesamtwirtschaft unterbleiben müßte, ausgedehnt und gefördert wird. Man wird möglicherweise auch noch die Sachausstattung der Arbeitsfreiwilligen in angelernten Betrieben vornehmen und verbilligen können. Man muß freilich darauf zu achten haben, daß nur wirklich bringliche und im engeren Sinne produktive Arbeit, die gegenwärtig nur aus Finanznot unterbleibt, in Angriff genommen wird. Bei dieser Einschränkung wird es auch den öffentlichen Körperschaften möglich sein, den Arbeitsfreiwilligen für das große Opfer der Rückbezahlung für die Zukunft einen Ausgleich zu bieten.

Nur unter dieser Voraussetzung und unter diesen grundsätzlichen Gesichtspunkten kann man die von Luther aufgenommene Ge-

bankengänge der Gegenleistungshilfe der Erwerbslosen weiterverfolgen. Man kann aber nur davor warnen, zu glauben, daß man mit solchen Maßnahmen, deren psychologische Auswirkungen wir weit weniger hoch einschätzen als das z. B. der Reichsbankpräsident Dr. Lütjers tut, über die kapitalistische Wirtschaftsteile hinwegkommt.

Nazis bei der Reichspost eingreifen der Verwaltung

Zwei Fälle aus der jüngsten Zeit, in welchen die Oberpostdirektion eingreifen mußten, zeigen, wie sehr die NSDAP. die Reichspostverwaltung durchsetzt hat:

Der Oberpostsekretär Janssen in Aurich (Ostfriesland) begrüßte vor der Tür des Posthauses demonstrativ vorbeimarschierende SA-Leute nach schicksaliger Art durch Hochgehen des Armes. Er ist, wie die Republikantische Postverwaltung Berlin erfährt, strafweise nach Wunde verlegt worden.

Der Postagent Höbenitz in Mellentin (Kreis Solbin) trug am 11. März 1932 im Dienstraum der Postagentur das Abzeichen des Hakenkreuzes und hatte außerdem auf dem Schreibtisch im Postdienstzimmer einen etwa 20 Zentimeter hohen Hakenkreuzfahnen zu stehen. Auf eine Anzeige der Republikantischen Postverwaltung Berlin mußte auch hier die Oberpostdirektion (Frankfurt a. M.) erklären, daß kein Verhalten nicht gebilligt werden kann. Gegen ihn ist das Erfordernisse veranlaßt und der Hakenkreuzfahnen entfernt worden.

Eine Frage an Hitler

Der Pastor Otto von Dornien aus Utefenshofen hat an Adolf Hitler einen offenen Brief gerichtet, in dem er fragt: „Hätten Sie es für politisches Christentum, wenn einer Ihrer Führer am Grabe eines ermordeten SA-Mannes sagt: 'Kamerad, mir rächen dich, auch wenn es gegen Gottes Willen ist.' Um der Ehrlichkeit und Wahrschaffigkeit Ihrer Bewegung willen bitte ich Sie, eher offen zu erklären, daß Sie innerlich nicht in der Lage noch gewillt sind, für politisches Christentum einzutreten, als daß Sie aus tatsächlichen Gründen versuchen, das Christentum zu verächtlichen.“ Eine Antwort Hitlers ist nicht bekannt geworden. Der Mann kann lange warten, denn irgendjemand fälschen die Nationalsozialisten weiter für das „politische Christentum“ mit Wort und Beuteltat!

Großfeuer bei Krupp

Beit über Essen sichtbar

Essen, 17. Mai. (Eigenbericht.) In den Krupp-Werken brach in der Nacht vom Montag zum Dienstag ein Großfeuer aus, das erst Dienstag gegen 4 Uhr morgens eingedämmt werden konnte. Der Brand hatte einen derartigen Umfang, daß die Flammen weithin über Essen sichtbar waren. Das

Dampfer in Brand geraten

Der Ostasien-Dampfer „Georges Philippard“ ein Opfer der Flammen

Paris, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Der französische 21 000-Tonnen-Dampfer „Georges Philippard“, der im vorigen Jahre in den Ostasien-Dienst eingestellt worden ist, ist am Montagfrüh auf der Rückkehr von China nach Marseille am Eingang des Golfes von Aven in Brand geraten. Das Feuer breitete sich mit großer Geschwindigkeit über das ganze Schiff aus, so daß die etwa 600 Passagiere und 300 Mann Besatzung es verlassen mußten.

Auf die drahtlosen Sifferste des Dampfers eilten sofort sechs in der Nähe befindliche Schiffe an die Unfallstelle. Einige Stunden nach dem ersten Hilferuf war ein japanischer, ein englischer und ein russischer Dampfer in der Nähe des brennenden Schiffes. Sie konnten zahlreiche Passagiere und Mitglieder der Besatzung aus den Rettungsbooten übernehmen.

675 Menschen gerettet

Paris, 17. Mai. (Eigenbericht.)

Aus Rom wird gemeldet, daß von dem in Brand geratenen Dampfer „Georges Philippard“ 675 Personen gerettet wurden. Wie aus früheren Meldungen hervorgeht, löschten zahlreiche Passagiere schon während des Brandes und beim Verlassen des Schiffes umgekommen zu sein. Das Feuer soll im vorderen Deck ausgebrochen sein und die Flammen sollen die Einschiffung der Passagiere und Mannschaften in die Rettungsboote sehr schwierig gestaltet haben. Andererseits sollen mehrere Rettungsboote beim Niederfallen auf das Wasser geleert sein. Der englische Dampfer „Contractor“ hat drablos mitgeteilt, daß er eine schwerverletzte Passagierin gerettet habe, die einige Stunden später gestorben sei. Der Kapitän des

Staatsminister Dr. Steiger 70 Jahre

Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Heinrich Steiger begibt am 18. Mai in letzterem Geburtstag und frühere seinen 70. Geburtstag. Dr. Steiger, der am 18. Mai 1862 in Schönau in Baden als Sohn eines Bauwirts geboren wurde, hat den weitaus größten Teil seines Lebens der hannoverschen Landwirtschaft gewidmet. Er war dort mit einer kurzen Unterbrechung vom Jahre 1888 bis zum Jahre 1925 tätig. Seit 1899 vertrat er die Rechte des Generalleiters der hannoverschen Landwirtschaftskammer. Er ist verhältnismäßig spät, mit 62 Jahren, trotz Dr. Steiger in das parlamentarische Leben ein. Am Jahre 1924 nämlich wurde er Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Hannover-Silberbeim-Steinbüchel. Im Februar 1925 erfolgte seine Ernennung zum preussischen Landwirtschaftsminister. Nachdem nunmehr das Parlament seiner Tätigkeit nach Neuen verlegt war, ließ er sich im Jahre 1928 nicht wieder in den Reichstag wählen, sondern zog in den Preussischen Landtag ein.

In seinem Amte ließ der Minister sich insbesondere die Förderung des Meliorations-, Siedlungs- und landwirtschaftlichen Wohnungswesens angelegen sein. Er förderte die Einrichtung der bäuerlichen Beiratsvereine und betrieb mit Erfolg den Aufbau der schwer darüberliegenden Staatsbahnen. Die Reorganisierung des preussischen Postwesens ist sein Werk ebenso wie die Einführung der betriebswirtschaftlichen Arbeit in den preussischen Oberförstereien.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Produktenbörse vom 17. Mai

Kleines Geschäft	
14. Mai	17. Mai
(ab märkische Station in West)	
Weizen	275-277
Roggen	206-208
Gerste	186-188
Hafer	178-180
Erbsen	164-166
Bohnen	28,00-28,50
Sojabohnen	28,00-27,75
Wicken	11,00-11,50
Getreide	9,75-10,25

Banknotendiskontierung: Berlin per Mai 288 + 1/2 (Konto 287), per Juli 283 + 1/2 (Konto 284), per September 228 (Konto 227), per Okt. — (—), per Juli — (192%), per September — (192%), per Okt. — (192%), per Juli 178 (176%), per September 192 + 1/2 (192), Lenzen rubig.

Dampfer „Masbud“ hat gefunzt, daß er die Leichen mehrere französischer Matrosen ins Meer verjett habe.

Brandursache nicht geklärt

Weber die Entstehung des Brandes auf dem Dampfer „Georges Philippard“ und über die genaue Zahl der Getöteten bzw. der Opfer liegen in Marseille und Paris auch bis Dienstagabend noch keine direkten Nachrichten vor. Die Schiffahrtsgesellschaft hat in Marseille lediglich bekanntgegeben, daß die Ursache des Brandes nicht geklärt ist. Die Rettungsarbeiten sind von dem Dampfer „Soviet Skia-Deff“, „Masbud“ und „Contractor“ gerettet worden. Mehrere Einzelheiten wurden drablos übermittelt, sobald die drei genannten Dampfer in Aven eingelaufen seien und die Schiffe, die sich an der Rettungsaktion beteiligt hätten, die Zahl der Getöteten mitgeteilt hätten.

Der Dampfer brennt nach einer Meldung aus Aven immer noch und hat starke Schlagseite nach Backbord. Am Dienstagmorgen befand er sich etwa 50 Seemeilen nördlich vom Kap Guardafui. Das Schiff wird von der Gesellschaft als verloren angesehen. Selbst wenn es nicht sinken sollte, dürfte er durch die Einwirkung des Feuers derart beschädigt sein, daß eine Wiedererrettung des Dampfers nicht in Frage kommt.

Der Direktor der französischen Sicherheitspolizei hat am Dienstag Pressevertretern erklärt, daß sich die Vermutungen über die Ursache des Brandes nicht klären lassen. Inzwischen gibt die Gesellschaft bekannt, daß der Dampfer bei der Ausreise keine Waffen- und Munitionsladung an Bord gehabt habe, sondern nur ein Auto, auf dem eine kleine Kanone aufmontiert war.

